Bund Deutscher Kriminalbeamter

41 Wochenarbeitsstunden - nicht mit uns

11.11.2026

Der Koalitionsvertrag ist draußen. Aus unserer Sicht gibt es viele wichtige und interessante Punkte, aber was bleibt hängen? Vor allem der Absatz zur Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für Beamte auf 41 Stunden pro Woche. Ein Vorhaben, welches von uns keine Zustimmung erhält.

So heißt es hinter Ziffer 759:

"Die Koalitionspartner müssen die verfassungsgemäße Alimentation in Reaktion auf die fortentwickelten bundesweiten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auf der Basis des Dialogs mit den Gewerkschaften und dem Landesrechnungshof umsetzen. Zur Finanzierung dieser Maßnahme muss die wöchentliche Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte wie in einer Reihe von Ländern und beim Bund grundsätzlich auf 41 Stunden angehoben werden."

Eine Erhöhung der Arbeitszeit mit dem Ziel die verfassungsgemäße Alimentation zu finanzieren, lässt doch nur den Schluss zu, dass hier eine weitere Belastung der Beschäftigten erfolgen soll, bei denen wir schon heute von erhöhtem Krankenstand und vielen Überlastungsanzeigen reden, von derzeit mindestens 300 nicht besetzten Stellen in der Landespolizei ganz zu schweigen. Hier sollen auf Dauer Stellen eingespart werden.

Praktisch entspricht die Erhöhung der Wochenarbeitszeit einer Entgeltkürzung pro geleisteter Stunde um ca. 2,5 %. Wenn die Besoldung ohnehin nicht angemessen ist, verschärft dies die Reallohn- und Wertschätzungslücke spürbar.

> "Auch der DGB Nord, Ver.di, die GEW und der Beamtenbund kritisieren die geplante Erhöhung auf 41 Stunden. Gerade im Hinblick auf die vielen Baustellen vor allem in der Kriminalpolizei ist dieses Vorhaben auf dem Rücken der Mitarbeitenden abzulehnen. Schon jetzt häufen sich die Probleme und Belastungen bei den Mitarbeitenden und Lösungen sind nicht in Sicht. Dieser Vorschlag ist ein absolut falsches Signal.", so der Landesvorsitzende Eike Bone-Winkel.

Auch wird die Werbung um unsere Nachwuchskräfte nicht einfacher werden. Schon jetzt konkurriert die Landespolizei mit der freien Wirtschaft um die besten Köpfe. Dort denkt man über eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit nach und bei den Beschäftigten des Landes macht man genau das Gegenteil?

Eins ist sicher. Wir als BDK M-V werden uns auf jeden Fall weiter dafür einsetzen, dass es zu keiner Erhöhung der Wochenarbeitszeit kommt und dies auch so in den Gesprächen mit den Koalitionspartnern diskutieren.

Schlagwörter
Mecklenburg-Vorpommern
Urheberrechte
Eike Bone-Winkel
diesen Inhalt herunterladen: PDF